

**Stadt Bergisch Gladbach  
Die Bürgermeisterin**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	Datum 07.03.2002
	Schriftführerin      Telefon-Nr. Barbara Hieronymi <b>02202/14467</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 26. Februar 2002</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr – 19.20 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnungspunkt</b>	
<b>Inhalt</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit  
*Seite 5***
- 2.      Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 27.11.2001 - öffentlicher Teil -  
*Seite 5***
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 27.11.2001 - öffentlicher Teil -  
*14/2002 Seite 5***
- 4.      Mitteilungen des Vorsitzenden  
*Seite 5***
- 5.      Mitteilungen der Bürgermeisterin**

## **Seite 5**

6. **Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der Stadtbücherei Bergisch Gladbach**  
*679/2001 Seite 6*
  
7. **Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der Volkshochschule Bergisch Gladbach**  
*680/2001 Seite 7*
  
8. **Entgelte für die VHS Veranstaltungen im Herbstsemester 2002**  
*21/2002 Seite 8*
  
9. **Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik"**  
*681/2001 Seite 9*
  
10. **Feststellung des Jahres- und Lageberichts 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik"**  
*16/2002 Seite 9*
  
11. **Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz"**  
*682/2001 Seite 10*
  
12. **Beratung des Archivbudget 2002**  
*683/2001 Seite 10*
  
13. **Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002 für den Bereich Bildung und Kultur**  
*11/2002 Seite 11*
  
14. **Beratung des Entwurf der Haushaltssatzung 2002 für den Bereich Schule**  
*22/2002 Seite 11*
  
15. **Beratung des Entwurf der Haushaltssatzung 2002 für den Bereich Sport**  
*19/2002 Seite 12*
  
16. **Radrennen Rund um Köln**  
*20/2002 Seite 13*

- 17. Übersicht über die Gewährung von Beihilfen für die Anschaffung von Grundsportgeräten im Jahr 2001**  
*17/2002 Seite 13*
  
- 18. Änderung der Entgeltordnung für die Bürgerzentren Refrath/Steinbreche und Schildgen/Katterbach**  
*13/2002 Seite 13*
  
- 19. Errichtung „Kleine Verbundschule“**  
*18/2002 Seite 14*
  
- 20. Selbständige Schule**  
*12/2002 Seite 14*
  
- 21. Gründung des Stadtverbands Kunst, Literatur, Geschichte**  
*23/2002 Seite 14*
  
- 22. Anträge der Fraktionen**  
*Seite 15*
  
- 23. Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seite 15*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Dr. Miede, eröffnet um 17.00 die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit des Gremiums. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, den 1. Beigeordneten Herrn Kotulla, den Leiter des Fachbereichs 4, Herrn Dr. Speer, und die übrigen Mitglieder der Verwaltung, die Gäste sowie die Vertreter der Presse und stellt die fehlenden und stellvertretenden Ausschussmitglieder fest (s. Anwesenheitsliste). Anschließend wird Herr Willy Joppich als Vertreter des Seniorenbeirats und als sachkundiger Bürger mit beratender Stimme eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

#### 2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

#### 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 27.11.2001 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### 4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Dr. Miede nimmt Bezug auf die Presseberichte im Kölner Stadtanzeiger vom 31.01.2002 und in der Bergischen Landeszeitung vom 05.02.2002, in denen der Eindruck erweckt worden sei, dass die Teilnahme einiger Bergischer Gladbacher Schulen an dem Projekt „Selbständige Schule“ bereits beschlossen sei. Die von ihm verfasste Gegendarstellung und der Einwand Dr. Speers, dass laut Beschluss des Fachausschusses und des Rates vom September 2001 vor einer Entscheidung zunächst eine genaue Kostenermittlung vorgenommen und das Ergebnis der Haushaltsberatungen abgewartet werden müsse, sei leider nicht veröffentlicht worden.

#### 5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin macht keine Mitteilungen.

## **Zu TOP A 6, 7, 9, 11, 13, 14, 15**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Mieke, schlägt vor, die Tagesordnungspunkte A 6, 7, 9, 11 (= Wirtschaftspläne für das Jahr 2002 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtungen) und A 13, 14, 15 (= Beratungen über die Entwürfe der Haushaltssatzungen 2002 für die Bereiche Bildung und Kultur, Schule und Sport) nur zur Kenntnis zu nehmen, Änderungswünsche der Fraktionen im Protokoll zu vermerken und die Wirtschaftspläne und die Entwürfe der Haushaltssatzungen dem Rat bzw. Finanz- und Liegenschaftsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Für Frau Böhrs erhebt sich die Frage, welche Relevanz die vorgelegten Wirtschaftspläne vor dem Hintergrund der Vorschläge aus der Produktkritik noch haben und legt ebenso wie Frau Dr. Weil Wert darauf, die Sparvorschläge inhaltlich im Fachausschuss zu diskutieren – dies sei seine Aufgabe.

Herr Kotulla erläutert, dass in der kommenden Woche die Lenkungsgruppe, bestehend aus Vertretern aller Fraktionen und der Verwaltung, das Arbeitspapier der Verwaltung prüfen werde. Er betont, dass es in diesem Papier um die mittelfristige Finanzplanung ab 2003 gehe, nicht um den hier vorliegenden Haushaltsentwurf 2002. Die inhaltliche Debatte über die Vorschläge aus der Produktkritik werden in den Fachausschüssen geführt, wenn dies politisch gewollt sei. Herr Dr. Mieke unterstreicht den Anspruch dieses Ausschusses, zu den Vorschlägen aus der Produktkritik gehört zu werden.

Daraufhin wird der Vorschlag des Vorsitzenden **einstimmig** angenommen.

## **6 Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der Stadtbücherei Bergisch Gladbach**

Frau Dr. Weil beantragt für die CDU-Fraktion die 10 %ige Kürzung des Betriebskostenzuschusses nach Abzug des Mietkostenanteils und bedauert, dass die finanzielle Lage der Stadt keine andere Wahl zulasse.

Herr Kotulla stellt klar, dass nur die Mittel für die disponiblen Ausgaben um 20 % gekürzt worden seien.

Frau Scheerer erkundigt sich, ob Frau Lenz-Reichwein die Rücknahme der Kürzung des Landeszuschusses für Bibliotheken bekannt sei.

Herr Schneeloch stellt folgende Fragen:

- ob der Ausstieg verschiedener Kommunen aus der Nutzung der Kreisbildstelle zu einer Verminderung der Ausgaben führe
- um welches Konto es sich bei Konto 4390 (S. 5) handle
- was im Zusammenhang konkret mit der „Wahrung eines vertretbaren Qualitätsstandard“ (S. 7, 1. Absatz) gemeint sei
- ob die Außenstandorte nicht attraktiver gemacht werden sollten? Der vorgesehene Medienansatz in Höhe von 5.000 € für beide Stadtteilbüchereien zusammen sei viel zu gering. Es könne auch ein Leihverkehr von den Stadtteilbibliotheken an das forum organisiert werden.

Er bittet außerdem um eine genauere Aufstellung über die Kürzung des Betriebskostenzuschusses seit etwa 1997.

Herr Kierspel erkundigt sich, auf welche Produkte bzw. Dienstleistungen

gegebenenfalls verzichtet werden soll.

Frau Lenz-Reichwein erläutert: Die Kürzung der disponiblen Kostenansätze um 20 % ergebe 16.550 €. - Erst nach der Fertigstellung des Wirtschaftsplans sei bekannt geworden, dass das Land die Kürzung des Betriebskostenzuschusses für Bibliotheken (5,4 Mio €) zurückgenommen habe, eine Entscheidung, die inzwischen wieder in Frage gestellt werde. Sie habe aber für 2002 einen Projektantrag zur Einrichtung einer „teenage-library“ in Höhe von 50.000 € gestellt. Mit Hilfe dieses Projekt sollen Jugendliche, die der Kinderbücherei entwachsen sind, aber noch nicht den Zugang zur Erwachsenenliteratur gefunden haben, als Leser gehalten bzw. gewonnen werden. - Bisher sei nur die Stadt Wermelskirchen als Nutzerin der Bildstelle ausgeschieden. Die Gemeinden Kürten, Overath und Rösrath wollen in 2002 pauschal abrechnen, die Gemeinden Burscheid, Leichlingen und Odenthal machen den Abrechnungsmodus (Pauschale oder Einzelabrechnung) vom Betriebsergebnis 2001 abhängig. Dies bedeute einen Einnahmeverlust für 2002 in Höhe von voraussichtlich 16.770 €. Sie rechne jedoch für das Jahr 2003 mit dem Ausstieg weiterer Kommunen aus der Nutzung der Bildstelle. Eine Möglichkeit, weitere Kosten einzusparen, sehe sie nicht, denn die Bildstelle werde seit 2 Jahren nur noch mit einer Kraft (früher: 5) aufrechterhalten und verfüge seit Jahren nur noch über einem Medien- und Geräteetat von max. 10.000 €. Die Schulen in Bergisch Gladbach sollen ja weiterhin mit audiovisuellen Medien versorgt werden. -

Das Konto 4390, früher ausgewiesen unter sonstige Abgaben, wurde auf Wunsch der Buchhaltung gesplittet in die Konten 42 80 . sonstige Raumkosten, 4281 – Wartung Haustechnik, 4800 – Reparaturen und Instandhaltung (Heizung, Lichtanlagen usw.) – Sie sei nicht der Meinung, dass die Zweigstellen besser ausgestattet werden sollten als die Hauptstelle der Stadtbücherei. Angesichts der knappen disponiblen Mittel von 73.000 €, aus denen Festkosten in Höhe von 27.000 € (z.B. Zeitschriften- Abos), die Bildstelle, drei Standorte und teilweise der Spieleverleih finanziert werden müssten, habe sie kaum Handlungsspielraum. Das angekündigte Konzept, das Sparvorschläge enthalten und dennoch einen vertretbaren Qualitätsstandard sichern solle, könne sie erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen vorlegen. Herr Schneeloch beantragt, den Medienansatz für die Stadtteilbibliotheken zu erhöhen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **7 Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der Volkshochschule Bergisch Gladbach**

Frau Dr. Weil beantragt für die CDU-Fraktion die 10 %ige Kürzung des Betriebskostenzuschusses nach Abzug des Mietkostenanteils und bedauert, dass die finanzielle Lage der Stadt keine andere Wahl lasse.

Herr Neu lobt die verständliche Aufstellung „Gesamtaufwendungen Betriebskostenzuschuss und Prozentanteile“ und erkundigt sich, was unter der „kontinuierlichen Auflösung der Sammelnachweise“ gemeint sei. Frau Koshofer möchte wissen, wie das Rechenergebnis einer 133%ige Deckung im Verhältnis Dozenten honorare/Teilnehmerentgelt entsteht.

Herr Ludwig erläutert: Die Kosten für Rechtsberatung, Anmietung der Sportstätten, Zwangsvollstreckung usw. wurden früher im Sammelnachweis geführt, werde nun

aber der VHS in Rechnung gestellt. – Der Deckungsgrad errechne sich aus den Personal- und Sachkosten einerseits und den Einnahmen andererseits. Die VHS sei als Einrichtung der Weiterbildung eine gesetzliche Aufgabe der Kommunen. Deswegen erhalte sie Landeszuschüsse für Personalkosten und für Unterrichtseinheiten. Weitere Einnahmen seien der städtische Betriebskostenzuschuss, die Teilnehmerentgelte und weitere Drittmittel. Um den Kostendeckungsgrad zu erhöhen, müsse man entweder Geld einsparen oder mehr Geld erwirtschaften. Der VHS sei es gelungen, 40 % durch Teilnehmerentgelte zu erwirtschaften und habe so kontinuierlich die Wirtschaftlichkeit erhöht und den Deckungsgrad verbessert.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **8 Entgelte für die VHS Veranstaltungen im Herbstsemester 2002**

Herr Neu weist auf die Spannbreite bei den einzelnen Entgelten hin und fragt nach den Kriterien für die Berechnung der einzelnen Stunden. Außerdem bittet er darum, eine Statistik über die Kursentgelte der letzten Jahre für den Erwerb von Schulabschlüssen dem Protokoll beizufügen.

Frau Koshofer fragt, ob die Entgelte für Hobbykurse kostendeckend kalkuliert und ob die Integrationsangebote mit dem Ausländerbeirat abgestimmt seien.

Herr Ludwig stellt mit Nachdruck fest, dass die VHS keine Hobbythek sei, sondern ein in Qualität und Quantität bedeutendes Bildungsinstitut, das kulturelle Bildung vermittele und als solche auch die Kreativität als wichtige Komponente der Persönlichkeitsbildung fördere, eine Eigenschaft, die zunehmend in der Wissensgesellschaft und im Beruf gefragt sei. Kulturelle Bildung fördere die Integration in und Teilhabe an der Gesellschaft. Kreative Bildungsangebote wie z.B. die Beschäftigung mit afrikanischer Trommelmusik vermittele Verständnis für andersartige Musik und andersartige Kultur. Selbstverständlich gehörten Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen, Alphabetisierungskurse und Angebote für Ausländer und Aussiedler zum Bildungsangebot, für die aus pädagogischen Gründen ein geringes, bezahlbares Entgelt weit unterhalb der Kostendeckung erhoben werde. Die Preisberechnung ermögliche ein marktgerechtes und sozialverträgliches Kursangebot für die Bevölkerung.

Auf die Frage von Herrn Kleine, ob die Entgelte wegen der von der CDU angekündigten zehnprozentigen Kürzung neu berechnet werden müssten, verweist Herr Ludwig auf Spielräume im gegenwärtigen Planungsprozess hin. Man werde die Beziehungen mit den weit über 100 Kooperationspartnern und das Bildungsangebot auf Bestellung weiter ausbauen. Die Abstimmung mit anderen Bildungseinrichtungen solle auch Doppelangebote, die zu einer Übersättigung des Marktes führen könnten, vermeiden helfen.

Folgender Beschluss wird einstimmig bei einer Enthaltung gefasst:

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, die Entgelte für das Herbstsemester 2002 zu beschließen.*

## **9 Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik"**

Frau Dr. Weil beantragt für die CDU-Fraktion die 10 %ige Kürzung des Betriebskostenzuschusses nach Abzug des Mietkostenanteils und bedauert, dass die finanzielle Lage der Stadt keine andere Wahl lasse.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werde die generelle Kürzung der Betriebskostenzuschüsse für die kulturellen Einrichtungen nicht mittragen, erklärt Frau Böhrs. Diese hätten in den vergangenen Jahren bereits ihren Einsparungsbeitrag geleistet. Eine weitere Kürzung des Zuschusses für die Musikschule treffe besonders Familien mit Kindern, die zu den finanziell Schwächeren gehören.

Frau Himmelheber zeigt die Probleme und Konsequenzen auf, die eine zehnprozentige Kürzung des Betriebskostenzuschusses nach sich ziehen würde: Die Personalkosten machen den größten Teil der Aufwendungen für das Haus der Musik auf. In Übereinstimmung mit dem Elternbeirat sei eine Entgeltgestaltung erreicht worden, die die Kosten für das pädagogische Personal zu 50 % abdecke. Möglich sei dies durch eine Strukturreform gewesen, durch die mehr Schüler bei gleicher Unterrichtszahl erreicht werden. Dies bedeute Mehreinnahmen durch Entgelte. 100.000 € weniger Betriebskostenzuschuss zwingt daher zur Senkung der Personalkosten um 200.000 € und bedeute den Verlust vieler Planstellen. Würde man die Kürzung durch eine entsprechende Erhöhung der Entgelte auffangen wollen, führe dies mit Sicherheit zu einer Kündigung vieler Eltern, da sie solche Entgelte nicht mehr bezahlen könnten. Diese Entgelte entfielen, die Dozenten aber müssten weiter bezahlt werden: das Betriebsergebnis werde sich erheblich verschlechtern und betriebsbedingte Kündigungen seien unvermeidlich. 60 – 70 % der DozentInnen seien aber auf Grund ihres Dienstalters unkündbar. So müsste den jüngeren MitarbeiterInnen kündigt werden, die teilweise Instrumente unterrichten, die Ältere nicht anbieten – das Angebot entfiere. Eine Kürzung des Betriebskostenzuschusses um 10 % führe also zur Existenzbedrohung der Musikschule.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sei die pauschale Kürzung der Betriebskostenzuschüsse konzeptionslos, zu undifferenziert und so nicht durchführbar, ohne die eine oder andere Einrichtung zu gefährden, kritisieren Herr Kleine und Herr Dr. Miede. Diese Diskussion müsse im Rat geführt werden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**10 Feststellung des Jahres- und Lageberichts 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik"**

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

*Der Rat möge beschließen:*

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Jahres- und Lagebericht 1999 wie vorgelegt zu beschließen.*

*Der ermittelte Jahresgewinn verbleibt zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60 % in der Einrichtung, 40 % werden an den gesamtstädtischen Haushalt abgeführt.*

**11 Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2002 der Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz"**

Frau Dr. Weil beantragt für die CDU-Fraktion die 10 %ige Kürzung des Betriebskostenzuschusses nach Abzug des Mietkostenanteils und bedauert, dass die finanzielle Lage der Stadt keine andere Wahl zulasse.

Herr Neu erkundigt sich, wer darüber entscheidet, welche Projekte mit Hilfe des Zuschusses der Kulturstiftung der Kreissparkasse verwirklicht werden. Zudem sei ihm unklar, wie die Museen bei einer zehnpromzentigen Kürzung des Betriebskostenzuschusses noch ihre Aufgaben erfüllen sollen, wenn schon jetzt laut vorliegendem Wirtschaftsplan nur noch ein äußerst geringer Spielraum herrsche.

Frau Böhrs möchte wissen, in welcher Höhe Einsparungen durch den Einsatz eines privaten Wachdienstes erreicht werden können.

Herr Dr. Vomm bestätigt, dass die akkumulierten Kürzungen seit 1995 in Höhe von einer Viertel Million DM einen äußerst geringen Spielraum lassen. Eine weitere Kürzung des Betriebskostenzuschusses um 10 % habe starke Einbußen zur Folge: auf die Vielfalt der Angebote und das wechselnde Programm müsse künftig verzichtet werden. Die Museen seien heute mehr denn je auf das Mäzenatentum angewiesen; bis zum heutigen Tag haben die Museen keinen Ankaufsetat, sondern sind auf Sammlungen von Bürgern und Gelder von Stiftungen, Banken usw. angewiesen. Dieses Mäzenatentum müsse weiter gepflegt werden, ebenso wie die Kooperation mit anderen Museen, Sponsoren, ehrenamtlichen Kräften usw. -

Seit 1986 fließe regelmäßig 60.000 DM gemäß der Vereinbarung zwischen Kulturstiftung und Stadt in den Aufbau der größten Papiersammlung ihrer Art. Über die Verwendung dieser Mittel entscheide entsprechend der Satzung für „Kunst und Kulturbesitz“ der Einrichtungsleiter. Im letzten Jahr habe er zum erstenmal den Betrag gleichmäßig auf das Bergische Museum, das Schulmuseum und die Städtische Galerie aufgeteilt.

Durch den Wachdienst seien erhebliche Einsparungen möglich; eine genaue Kalkulation werde noch erstellt. Das Ausscheiden einiger Mitarbeiter aufgrund von Alter bzw. Krankheit schaffe eine günstige Situation zur Strukturänderung des Wachdienstes. Auf die Frage von Frau Kolloch, ob ein solcher Wachdienst Einfluss auf die Öffnungszeiten habe, weil er variabler eingesetzt werden könne, oder ob Kürzungen zu erwarten seien, versichert Herr Dr. Vomm, dass der Wachdienst flexibler im Rahmen eines Stundenkontingents sei und ehrenamtliche Kräfte zusätzlich eingesetzt werden sollen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **12 Beratung des Archivbudget 2002**

Herr Schneeloch fragt, ob die Qualität des Stadtarchivs noch gewährleistet sei, wenn der Einstellungsstopp für die zweite Archivarstelle aufrecht erhalten wird oder ob eine interne Wiederbesetzung geplant sei.

Er werde, führt Herr Dr. Eßer aus, bis zum Sommer noch durch einen Auszubildenden unterstützt. Das Stadtarchiv bilde seit 1999 als eines der ersten Archive einen Fachangestellten für Medien und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, aus. Er hoffe, dass der Einstellungsstopp aufgehoben werde; andernfalls sei eine interne Wiederbesetzung als Ersatzlösung denkbar.

Frau Dr. Weil stimmt für die CDU-Fraktion dem Archivbudget vorbehaltlich der Beratungen im Finanz- und Liegenschaftsausschuss zu.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**13 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002 für den Bereich Bildung und Kultur**

Herr Dr. Speer macht auf die Tischvorlage aufmerksam, die einige Zahlen in der Druckvorlage korrigiert.

Die Ausführungen der Verwaltungen zeigen einmal mehr, so Frau Böhrs, dass Kulturrichtlinien für die Stadt unerlässlich seien. Die Forderung nach einem mehrjährigen verlässlichen Finanzierungsrahmen für Kulturveranstalter werde immer wieder gestellt. Auf den Hinweis von Frau Hieronymi, dass es solche Vereinbarungen in anderen Städten auch innerhalb des kameraleen Haushalts geben soll, beantragt sie für die nächste Sitzung eine Mitteilungsvorlage, die eine solche Möglichkeit für Bergisch Gladbach auslotet bzw. Modelle aus anderen Städten vorstellt.

Herr Kotulla bedauert die fehlende Verlässlichkeit gerade auch für strukturelle Planungen für den gesamten Haushalt und insbesondere für Kultureinrichtungen. Alle Städte klagten über die mangelnde Berechenbarkeit ihrer Einkünfte. Die Einführung der Budgetierung für die Fachbereiche erlaube es diesen grundsätzlich, solche längerfristigen Verpflichtungen einzugehen. Sie müssten dann aber auch die Risiken und Belastungen durch feste Verbindlichkeiten im Falle eines stark zu kürzenden Budgets selbst tragen.

Herr Dr. Mieke merkt kritisch an, dass die Fördermittel für die kirchlichen Büchereien ebenso hoch sei wie der Medientat für beide Stadtteilbüchereien zusammen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**14 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2002 für den Bereich Schule**

Herr Neu sieht die Erhaltung der Schulgebäude gefährdet, da die in den Haushalt eingestellten Beträge völlig unzureichend seien. Die gemeinsam mit der Schulverwaltung aufgestellte aussagekräftige Prioritätenliste der zu sanierenden Schulen und die Besichtigungsfahrten zu den Schulen in den letzten beiden Jahren würden angesichts dieser geringen Summen sinnlos. Der Schulhaushalt sei in 2001 nachträglich um 500.000 € aufgestockt worden. Die für Bergisch Gladbach vom Land bewilligte Schulpauschale über 3 Mio € könne er weder gänzlich noch in Teilsummen im Haushalt wiederfinden. Die SPD-Fraktion schlage vor, diese Landesmittel projektbezogen für die Maßnahmen auszugeben, für die sie gedacht seien. Die Schulen werden unter diesen finanziellen Bedingungen weiter verrotten. Schon aus diesem Grund werde die SPD-Fraktion dem Haushalt 2002 nicht zustimmen.

Herr Nagelschmidt kündigt für die CDU-Fraktion an, die Position „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ um 350.000 € vorbehaltlich der Zustimmung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss aufzustocken. (Nachrichtlich: laut Rückfrage bei Herrn Nagelschmidt ist hier die Aufstockung um 350.000 € im Vermögenshaushalt gemeint.)

Herr Kotulla weist darauf hin, dass trotz eines strukturellen Defizit von 20 Mio € des städtischen Gesamthaushalts etwa 10 Mio € im Vermögenshaushalt für die Sanierung von Schulen eingestellt worden seien; hinzu kämen, die von der CDU-Fraktion bzw.

Herrn Nagelschmidt beantragten 350.000 €.

Die Schulpauschale gehe nicht nur in den Verwaltungshaushalt, sondern auch in den Vermögenshaushalt, da es Zweckzuweisungen seitens des Landes für Einzelmaßnahmen nicht mehr gebe. Der größte Teil werde für Sanierungs- und Neubauprogramme verwendet. Der Verwaltungshaushalt dürfe ohne Deckungsvorschlag nicht weiter aufgebläht werden. Im vergangenen Haushaltsjahr habe der Ansatz im Verwaltungshaushalt für die Schulen nur erhöht werden können, weil zum damaligen Zeitpunkt aus Abschlussverbesserung des Vorjahres Mittel eingeplant werden konnten.

Herr Schütz möchte wissen, ob die Stadt bei dem Finanzierungsmodell „sale & lease back“ weiterhin eigene Gelder in die Renovierung z.B. von Schulgebäuden investieren müsse.

Er sehe, erläutert Herr Kotulla, in diesem neuen Finanzierungsmodell, das eine alternative Finanzierung durch Dritte vorsehe, keine Gefahren und wolle davon auch die untere und obere Kommunalaufsicht und das Ministerium in Gesprächen im März/April überzeugen. Er spreche sich für ein modifiziertes Modell von „sale & lease back“ aus, einem Nießbrauchmodell ohne Eigentumsübergabe, sondern mit Vermietung auf Zeit, also ohne „Tafelsilber zu verkaufen“. Dies gehe natürlich nicht zum Nulltarif, könne aber – vorbehaltlich weiterer Prüfung - folgende Vorteile bringen:

- Gebäude, z.B. marode Schulgebäude, können schneller saniert oder neu errichtet werden
- private Unternehmer seien nicht an strenge Ausschreibungs- und Vergabevorschriften gebunden wie die öffentliche Hand.

Die Erfahrungen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand in anderen Städten sprächen für ein derartiges Modell. Die Wünsche dieses Ausschusses bezüglich der Ausstattung der Schulen habe er in der weiteren Finanz- und Investitionsplanung berücksichtigt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **15 Beratung des Entwurf der Haushaltssatzung 2002 für den Bereich Sport**

Herr Neu (SPD) schlägt vor, die Finanzierungslücke für den Kunstrasenplatz auf dem Gelände der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne in Höhe von 400.000 € durch einen Teil des Verkaufserlöses aus dem Verkauf des Sportplatzes Kradepohl zu schließen; die Restsumme des Erlöses könne dem allgemeinen Haushalt zugeführt werden. Eine andere Möglichkeit sei der zweistufige Ausbau des Sportplatzes: zunächst werde der Sportplatz angelegt und mit Umkleidecontainern ausgestattet und in der 2. Ausbaustufe feste Umkleideräume gebaut.

Im Übrigen sei die SPD-Fraktion mit dem Haushaltsentwurf einverstanden, wenn keine weiteren Kürzungen erfolgen.

Herr Köntje stimmt für die CDU-Fraktion ebenso wie Frau Koshofer für die FDP-Fraktion dem Vorschlag von Herrn Neu zu. Außerdem schlägt er der Verwaltung vor, möglichst bald einen Sportstättenbedarfsplan zu erstellen, der eine Liste der sanierungsbedürftigen Sportanlagen enthalte. Herr Dr. Speer sichert ihm diesen Plan noch für 2002 zu.

Herr Kotulla hält das Projekt „Kunstrasenplatz“ unter Einbeziehung der Beiträge Dritter und der schon erhaltenen Mittel aus Folgelastenverträge grundsätzlich für durchführbar. Dafür müsse der in der Investitionsplanung für 2003 eingesetzte Betrag

erhöht und ein Teilbetrag aus dem Verkaufserlös des Sportplatzes Kradepohl zur Deckung eingesetzt werden.

Herr Heimann weist auf die geltenden Sportförderrichtlinien hin und bemängelt die starke Einschränkung bzw. Veränderung bei den Sportbeihilfen: die Sportförderung für Erwachsene werde zugunsten der Sportförderung der Jugendlichen eingestellt, bringe aber nur eine Ersparnis von 8.000 – 9.000 €. Herr Dr. Speer hält die Vorgehensweise für vertretbar: die Mittelkürzungen müssten hingenommen werden. Dennoch solle der gesellschaftspolitische Auftrag, Jugendarbeit zu fördern, erfüllt werden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**16 Radrennen „Rund um Köln“**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**17 Übersicht über die Gewährung von Beihilfen für die Anschaffung von Grundsportgeräten im Jahr 2001**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**18 Änderung der Entgeltordnung für die Bürgerzentren Refrath/Steinbreche und Schildgen/Katterbach**

Herr Dr. Speer informiert, dass Herr Kirschbaum, Vorsitzender des Beirats für das Bürgerzentrum Refrath/Steinbreche, mit der Glättung des Betrags für Übungsstunden und Versammlungen von Ortsvereinen von 5,62 € auf 6,00 € nicht einverstanden sei, da es sich um eine 7 %ige Erhöhung handle. Er halte 5,75 € für angemessen.- Die Verwaltung könne aber angesichts der steigenden Preise für die Nebenkosten, die Personalkosten, die Reparaturkosten usw. dieser Argumentation des Vorsitzenden nicht folgen, vor allem weil die Entgelte für die Übungsstunden der Vereine bei der letzten Entgeltordnung nicht erhöht worden seien.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:*

1. Der Änderung der Entgeltordnung für das Bürgerzentrum Schildgen/Katterbach entsprechend dem Vorschlag der Anlage 1 zum 01.07.2002 wird zugestimmt.

2. Der Änderung der Entgeltordnung für das Bürgerzentrum Refrath im Haus Steinbreche entsprechend dem Verwaltungsvorschlag der Anlage 2 zum 01.02.2002 wird zugestimmt.

**19 Errichtung „Kleine Verbundschule“**

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

*Der Rat möge beschließen:*

*Die Stadt Bergisch Gladbach errichtet eine Verbundschule für die Beschulung lernbehinderter Kinder der Primar- und Sekundarstufe, sowie erziehungsschwieriger Kinder der Primarstufe. Die Zügigkeit der Schule richtet sich nach dem vorhandenen Raumangebot.*

## **20 Selbständige Schule**

Herr Dr. Speer informiert, dass am 8. März ein Gespräch zwischen Vertretern der Verwaltung und des Ministeriums stattfinden werde, in dem über Kooperationsvereinbarungen verhandelt werde. Im Internet sei auf der Homepage des Ministeriums für Wissenschaft und Fortbildung ein Entwurf einer solchen Kooperationsvereinbarung vorgestellt.

Er bittet den Ausschuss um Verständnis für eine eventuell notwendig werdende Sondersitzung im Mai vor der Ratssitzung, um die vom Ministerium vorgegebene Zeitschiene einhalten zu können. Die Beschlüsse dieses Ausschusses und des Rates seien zwingend notwendig für weitere Entscheidungen.

Herr Dr. Miede sieht u.a. die dienstrechtliche Verantwortung der Schulleiter ungeklärt, ein Umstand, der bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müsse. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **21 Gründung des Stadtverbands Kunst, Literatur, Geschichte**

Die Kulturverwaltung verstehe sich als Hebamme bei der Gründung dieses Stadtverbandes und wolle sich nach der Gründungsversammlung wieder zurückziehen, erläutert Herr Dr. Speer, es sei denn, sie werde gebeten, die Geschäftsführung zu übernehmen. Diese Tätigkeit werde ca 3 % der Arbeitskraft einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters beanspruchen, wie die Erfahrungen mit der Geschäftsführung für den Stadtsportverband zeige.

Frau Dr. Weil begrüßt die Gründung eines solchen Stadtsportverbandes, kann jedoch ebenso wie Herr Dr. Miede folgender angedachter Regelung (S. 152, 1. Absatz) nicht zustimmen: „Umgekehrt kann sich die ‚freie Szene‘ untereinander darüber verständigen, wie Förderanteile verteilt werden sollen“. Eine solche Regelung beschneide die Kompetenzen dieses Ausschusses.

Herr Dr. Speer erläutert auf Anfrage von Frau Böhrs die Einrichtung einer Kulturkonferenz. Diese entspreche im Wesentlichen dem bisherigen Gremium „Runder Tisch Kultur“ und solle gemeinsam größere Projekte wie „Unser europäischer Nachbar“ oder das Kultur- und Stadtfest gemeinsam planen und organisieren. Ihr gehören Vertreter der städtischen Kultureinrichtungen, des Stadtverbandes musikausübender Vereine, der Kirchen und Jugendverbände, des Stadtverbandes Kunst, Literatur und Geschichte, des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit, des Ausländerbeirats usw. an.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **22 Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

## 23 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Mieke erläutert, dass er das Schreiben der Schule an die Verwaltung als Anfrage mit der Bitte weitergeleitet habe, zu prüfen, ob die Sanierung dieser Schule vorgezogen werden könne. Er bittet die Verwaltung die beiden Faktoren „Existenzgefährdung des Standortes“ und „Gesundheitsgefährdung der Kinder“ bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Ihre Fraktionen, so Herr Nagelschmidt und Frau Koshofer, überlassen es der Verwaltung, Prioritäten zu setzen und gegebenenfalls neu zu entscheiden.

Frau Scheerer ist mit der Antwort der Verwaltung auf ihre Anfrage zur Frühförderung von Migrantenkindern nicht zufrieden. Das Ergebnis der Pisa-Studie zeige, dass die Frühförderung im Kindergarten gerade bei Migrantenkindern besonders wichtig sei. Sie regt an, dass der FB 4 Kontakt mit den Kindergärten aufnehmen möge, vor allem mit Einrichtungen mit hohem Ausländeranteil wie z.B. in Gronau, um Möglichkeiten einer Frühförderung auszuloten.

Herr Dr. Speer verweist auf FB 5 als zuständigen Fachbereich für die Kindergärten, erklärt sich aber bereit, mit dem Fachbereichsleiter, Herrn Hastrich, über das Problem zu beraten und nach Lösungen zu suchen bzw. nach Fördermitteln Ausschau zu halten.

Frau Böhrs erkundigt sich, ob der Vortrag zur Mädchenförderung mit Frau Zanders und Herrn Knoops bereits auf der Schulleiterkonferenz vorgestellt worden sei. Herr Dr. Speer sichert dies für die kommende Schulleiterkonferenz zu.

---

Dr. Wolfgang Mieke  
Vorsitzender

ges. Dr. Lothar Speer  
Fachbereichsleiter

Barbara Hieronymi  
Schriftführerin